

Original direkt weitergeleitet



POLITISCHE ABTEILUNG I  
p.B.73.Yug.O.-WOK/ZNI/BAC

Bern, 3. September 1991

Jugoslawien - Anerkennung Unabhängigkeit Kroatien und Slowenien

(Sprachregelung, Punkt 3, **S.3** und Background)

1. Ausgangslage am Dienstag, 3.9. Vormittag

Ungeachtet des mit der EG (Ratspräsident v.d. Broek) eben noch vereinbarten Waffenstillstandes setzen serbische Elemente, immer schamloser direkt unterstützt von den serbisch dominierten Teilen der Bundesarmee, ihren Vormarsch fort. Keineswegs sicher ist, dass sie wirklich am Rande der von Serben besiedelten Gebiete Kroatiens Halt machen, vereinzelt ist von serbischer Seite offen die Wünschbarkeit eines Mittelmeerhafens (Zadar, Split) für Serbien erwähnt worden. Vor diesem Eroberungsfeldzug, wie er seit dem zweiten Weltkrieg in Europa nicht mehr stattgefunden hat, verblässen die Fragen nach historischer und auch nach aktueller Verantwortlichkeit - in die sich Serben und Kroaten durchaus teilen - für die aktuelle gravierende Lage in Jugoslawien, deren weiteres Krisenpotential für den Rest Jugoslawiens und für Europa (Kosovo, Auswirkungen auf Glaubwürdigkeit KSZE, EG etc.) wohl kaum hoch genug eingeschätzt werden kann.

Vor diesem Hintergrund sind heftige und teilweise nervöse Reaktionen zu verstehen; so beispielsweise der gestrige Telefonanruf von AM Mock an den Departementschef, wo dringend um Teilnahme in einer Gruppe von anerkennungswilligen Ländern gebeten wurde.

## 2. Frage der Anerkennung

Theoretisch sieht die Auslageordnung der pro- und contra-Gründe wie folgt aus:

2.1. Für eine Anerkennung der Unabhängigkeit Kroatiens (und Sloweniens; wir gehen davon aus, dass eine isolierte Anerkennung Sloweniens, wie wohl gegebenenfalls erwünscht, im Moment nicht möglich ist, weil als zu unfreundlicher Akt gegenüber Kroatien empfunden) spricht:

- Internationalisierung des Konfliktes, damit Aussage, dass es sich nicht um interne Auseinandersetzungen ("Polizeiaktionen"; "unkontrollierbare Aktionen von serbischen Extremisten") handelt.
- klares internationales Zeichen, dass Grossserbien nie auch nur mit "de facto-Anerkennung" seiner Eroberungen rechnen kann.
- da keine anderen Mittel (Wirtschaftssanktionen, militärische Sanktionen) zur Verfügung stehen, Anerkennung als politische Geste, im Sinne einer Verurteilung der serbischen Aggression durch die internationale Gemeinschaft. (inklusive sehr wahrscheinlich Greuelthaten)
- primär für schweiz. Innenpolitik: mutiger Akt der Schweiz, die ihr richtig scheinender Akt vollzieht, ohne gebannt auf andere (EG) zu schauen.

2.2. Gegen eine Anerkennung spricht:

- Völkerrechtlich: Eine direkte Verknüpfung der Besetzung Kroatiens mit der Anerkennung seiner Unabhängigkeit ist widersinnig, da Kroatien immer weniger Staatsgewalt über sein Gebiet ausübt (3. Kriterium zur Bestimmung ob Anerkennung ausgesprochen werden kann).

Falls in (ferner) Zukunft die von Serbien gemachten Eroberungen doch langsam international akzeptiert werden, würde mit der Anerkennung Kroatiens ein völkerrechtliches "fait accompli" geschaffen, das uns an "normalen" Beziehungen mit Serbien hindern könnte.

- Die Anerkennung Kroatiens wird die serbische Haltung noch verhärten: der Zwang zur raschen Errichtung von "faits accomplis" im Felde wird dringender.
- Zumindest unklar ist, was nach der Anerkennung an konkreten Massnahmen (speziell vom Nicht-UNO-Mitglied Schweiz) vorgeschlagen resp. in Kraft gesetzt werden kann.
- Die Konsequenzen einer Anerkennung für den anerkennenden Staat auf ähnliche Situationen sind völlig unabsehbar: Kosovo, Mazedonien, Herzegowina, sowjetische Teilrepubliken etc.

### 3. Sprachregelung betreffend Anerkennung

- 3.1. Der Bundesrat hat in seiner Erklärung vom 28.8. (Beilage) das serbische Vorgehen in Kroatien entschieden verurteilt und klar gesagt, dass die Schweiz solche Gebietseroberungen nie anerkennen wird.
- 3.2. Das EDA steht weiterhin in direktem Kontakt mit allen am Konflikt beteiligten und interessierten Parteien. Beispiel: Besuch des kroatischen Aussenministers Z. Separovic, auf seinen Wunsch, bei BR Felber am Freitag, 30.8. in Bern.

Solange noch eine einigermaßen konkrete Aussicht besteht, dass diese Verbindungen bei der Konfliktlösung eine Rolle spielen könnten, sollte die Türe in keiner Richtung endgültig zugeschlagen werden.

- 4 -

3.3. Eine schweizerische Anerkennung wäre nur dann sinnvoll wenn:

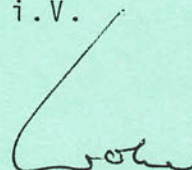
- diese von einer repräsentativen Gruppe wichtiger Staaten gleichzeitig ausgesprochen wird (repräsentativ bedeutet jedenfalls mehr als eine deutschsprachige Gruppe (A, BRD, CH) aber nicht notwendigerweise alle EG-Länder)
- klar wäre, was auf den formalen Schritt der Anerkennung an praktischen Massnahmen folgt/folgen kann. (Wirtschafts- und militärische Sanktionen)

Diese zwei Bedingungen sind momentan eindeutig nicht erfüllt.

3.4. Wo nötig, zur Vertiefung selektive Verwendung der Argumente unter 2.2.

POLITISCHE ABTEILUNG I

i.V.



D. Woker

Geht an: - Sekr. BRF

DG - 4. Sep. 91 - 10

- JAC
- SRU
- GS
- Presse und Info
- Polit. Sekretariat
- DV
- PA III
- SIN, WOK, SAG, NB



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT  
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN  
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES  
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Berne, le 28 août 1991

Déclaration du Conseil fédéral

Yougoslavie

Le Conseil fédéral constate avec effroi que des forces serbes, en collaboration avec des unités de l'armée yougoslave, poursuivent leurs actions militaires inacceptables en Croatie. Elles sont ainsi responsables de la mort d'un grand nombre de personnes, parmi lesquelles des civils.

Le Conseil fédéral signifie avec toute la netteté qui s'impose à l'endroit des responsables serbes que la Suisse n'acceptera jamais de telles modifications de frontière obtenues par la force. La Serbie se placerait ainsi en dehors des peuples civilisés.

Bern, 28. August 1991

Erklärung des schweizerischen BundesratesJugoslawien

Der Bundesrat hat mit Bestürzung davon Kenntnis genommen, dass serbische Kräfte, zusammen mit Einheiten der jugoslawischen Bundesarmee, ihren unakzeptablen Feldzug in Kroatien fortsetzen; sie sind damit für die zahlreichen Todesopfer, auch unter Zivilisten, direkt verantwortlich.

Der Bundesrat stellt an die Adresse der serbischen Verantwortlichen mit aller Deutlichkeit fest, dass die Schweiz eine solche Veränderung von Grenzen mit roher Gewalt niemals akzeptieren wird und dass sich Serbien so ausserhalb unserer zivilisierten Gesellschaft begibt.